

Anzeige 1

TOP 5: Festsetzung des Wirtschaftsplanes 2009/10

Herr **Berner** weist zunächst auf folgende Änderungen der den Mitgliedern vorliegenden Fassung des Wirtschaftsplanes hin: Erträge, Position 9 neu: 155.000 €; Position 14 neu: 11.200 €; Verlustvortrag neu: 207.591,53 €).

Herr **Hess** erläutert diese geringfügige Verbesserung der Plandaten, sie ist zurück zu führen auf eine jetzt vorliegende Entscheidung des MWK über die Anerkennung von Spenden im Projekt „Bürgerschaftliches Engagement“ in Höhe von rd. 79.000 €. Nach der Aufsichtsratssitzung im Oktober 2009 hatten zunächst erfolgversprechende Verhandlungen mit dem MWK begonnen, die aber nach etlichen Gesprächen am 23.11.2009 plötzlich abgebrochen wurden. Begründet wurde das Verhalten später in der Presse mit einer Entscheidung des Finanzministers, der keine Änderung des Haushaltsvermerkes hinsichtlich der Projekt-Bedingungen wollte. Die jetzige Zahlung (79.000 €) könne er nur als Abschlagszahlung auf die 2009 benötigten 140.000 € sehen, da zum Ausgleich der Wirtschaftspläne 2008/09 bis 2010/11 insgesamt 450.000 € erforderlich sind.

Herr **Bartels** stellt zum wiederholten Male fest, dass endlich eine Planungssicherheit für die Landesbühne erforderlich ist, im Landeshaushalt gehe es um vergleichbar geringe Beträge. Die entwürdigende Bittstellerfunktion des Zweckverbandes und seiner Vertreter müsse ein Ende haben!

Herr **Theuerkauf** sieht keine weiteren Rationalisierungsmöglichkeiten bei der Landesbühne, das Theater werde äußerst effizient geführt – besser geht es nicht. Die Landesbühne in Niedersachsen werde vom Land gedeckelt, während den Staatstheatern die Tarifsteigerungen zusätzlich gewährt werden. Das Spendenprogramm des MWK sei nur bedingt hilfreich, da das Spendenaufkommen kaum erreicht werden kann. Er hoffe, dass ab 2010 die Bedingungen für diese Landesmittel neu geregelt werden und dann auch der höhere Beitrag des Zweckverbandes hierauf angerechnet werde. Er fordert die Verbandsversammlung auf, den Anspruch des ländlichen Raumes auf Kultur durch eine angemessene Landesförderung zu beschließen. Er betont, dass die Solidarität aller erforderlich ist und die Landesbühne auf 4 Säulen stehen muss: eine gute Firmenleitung, gute Zuschauerzahlen sowie die finanzielle Unterstützung durch die Kommunen und das Land. 2010 sei für die Zukunft der Landesbühne ein entscheidendes Jahr, da jetzt auch die Verhandlungen für die Förderung ab 2012 beginnen.

Herr **Hess** führt aus jahrelang habe man versucht auf allen möglichen Kanälen Lösungswege zu finden. Nach den letzten Vorkommnissen ist an der Zeit die Öffentlichkeit des gesamten Spielgebietes zu aktivieren. Vorgesehen sind zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich über einen sehr langen Zeitraum hinziehen werden. Für die künftigen Verhandlungen ist ihm wichtig, dass das Alleinstellungsmerkmal „Landesbühne“ wieder hergestellt wird! Bis 2007 hat das Theater auf soliden Beinen gestanden und erst durch den Abschluss der „Zielvereinbarung“ mit der damit verbundenen Deckelung sei die Landesbühne ins Trudeln gekommen.

Herr **Bramlage** stellt fest, es müssen wieder gleiche Lebensgrundlagen auch für den ländlichen Raum geschaffen werden.

Herr **Kellner** weist auf die bildungspolitische Bedeutung des Theaters hin und fordert, diese Verbindung zur Kultur auch im dafür zuständigen Ministerium deutlich zu machen.

Herr **Schultz** betont, dass Theaterbetriebe für den ländlichen Raum auch ein wesentlicher Standortfaktor sind und von daher in die Aktionen auch die Strukturpolitiker eingebunden werden müssen.

Herr **Bartels** zitiert aus dem Schreiben des Herrn Ministers Stratmann vom 18.12.2009 in dem dieser eine „strategische kulturpolitische Positionierung der Träger“ und um Angaben zu den „strukturellen als auch finanziellen Strategien der Träger“ bittet. Er fordert alle Parlamente der Mitgliedsgemeinden auf, hierzu Beschlüsse mit entsprechend griffigen Formulierungen zu fassen, die deutlich machen, dass die Landesbühne für diese Region nicht verzichtbar ist.

Herr **Ambrosy** unterstützt dieses Verfahren. Es sollte eine Beschlussvorlage für alle Mitglieder gefasst werden, die dann von den Kommunalparlamenten bestätigt wird. Die Kommunen müssen deutlich machen, dass sie auch in derzeit sehr schwierigen finanziellen Situationen trotzdem an der Landesbühne festhalten!

Herr **Wessels** fordert die Mitglieder auf, in den Spielorten noch mehr Bemühungen für höhere Besucherzahlen einzuleiten. Es ist noch einmal deutlich zu machen, wie die Landesmittel zwischen den Theatern aufgeteilt sind. Zu diesem Zweck sollte eine Unterlage für alle Gremiumsmitglieder erstellt werden.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Frau Janßen, Frau Schlieper und die Herren Eilers, Hinrichs und Strelow. Allgemein wird eine massive Beteiligung der Öffentlichkeit gefordert.

Beschluss: (einstimmig): Der Wirtschafts- und Finanzplan wird in der vorgelegten Fassung (unter Berücksichtigung der bekannt gegebenen Änderungen) angenommen.

Die angekündigten Öffentlichkeits-Aktionen finden die ausdrückliche Zustimmung der Verbandsversammlung.

Die Geschäftsführung bereitet einen Beschlussvorschlag für die Kommunalparlamente vor.